

1. **Frankreich baut ab 2007 ein neues KKW** am Standort Flamanville/Normandie, das **2012 in Betrieb** gehen soll. Nach Finnland ist dies das 2. neue KKW vom Typ EPR mit einer Leistung von 1600 MW. Politische Standortprobleme gibt es in Flamanville praktisch nicht, wo EdF bereits ein KKW betreibt. Aufgrund der wirtschaftlichen Vorteile **begrüßt die Mehrheit der Bevölkerung das neue KKW**. Im Vordergrund der Entscheidungen stand nicht etwa der Protest von lokalen Umweltschützern sondern die **Unzufriedenheit der leer ausgegangenen Gemeinden**. (FAZ, 22.10.04, S.17) http://www.edf.com/index.php4?coe_i_id=20407 In Deutschland dagegen sollen die **KKW** nach dem Willen von Rot-Grün **nach 32 Jahren Laufzeit abgeschaltet** werden. Dazu die FAZ 22.10.04 S.15: **Das bedeutet Entwertung des Kapitals in Höhe von 15 Mrd. Euro.** „Der volkswirtschaftliche Narrenstreich muß ein Ende haben.“

2. Schwerter zu Pflugscharen: **In den USA** werden von 1993 bis 2013 **jährlich 10,8 Mill. kg Uran aus den Atomwaffenarsenalen Rußlands zu Brennelementen umgearbeitet**. Das sind 13,5 % des Brennstoffbedarfes aller weltweit in Betrieb befindlichen KKW. (Leserbrief Prof. Alt Süddt. Ztg. 26./27.06.04)

3. Im Jahr 2000 haben die USA und Rußland beschlossen, jeweils 34 t **Plutonium aus ihren Nuklearwaffen zu entsorgen** und zu Uran-Plutonium-Mischoxiden (**MOX**) **zu verarbeiten**. Da die **USA** noch keine **MOX-Fabrik** haben und erst **demnächst eine bauen** wollen, wandten sie sich an Frankreich. Jetzt erreichten **140 kg Plutonium** aus den USA Frankreich. Sie werden **zu 2 t MOX** verarbeitet für US-Kernkraftwerke. **In Frankreich nutzen 20 der 58 KKW MOX-Kernbrennstoff**. (taz 07.10.04)

4. Neuer Streit in der Bundesregierung: Nachdem die **Grünen** die Lieferung der **Hanauer MOX-Anlage nach China vorerst verhindert** haben, wollen sie jetzt auch **in der Außenwirtschaftspolitik einen strikten „Anti-Atomkurs“** durchsetzen. Sie wollen die Abkommen mit Brasilien kündigen. Das Wirtschaftsministerium und Siemens wehren sich entschieden. (Handelsblatt 25.10.04.) Rot-Grün hat der Volkswirtschaft schon genug Schaden zu gefügt (siehe www.buerger-fuer-technik.de)

5. Der frühere Bundeswirtschaftsminister und **jetzige RAG-Chef Werner Müller: „Um das Thema Atomkraft kommen wir nicht herum.“** Rot-Grün war sich zwar einig beim Atomausstieg. Aber die deutsche Energiewirtschaft bemängelt zu Recht, dass die Regierung kein schlüssiges Energiekonzept hat. **Das letzte Energieprogramm für die Bundesrepublik stammt von Helmut Schmidt aus dem Jahr 1980.**

6. Bei einem **Explosionsunglück in einer Kohlengrube in Zentralchina** sind voraussichtlich **148 Bergarbeiter ums Leben gekommen**. Innerhalb von nur 2 ½ Minuten war die Methankonzentration von 1,5 % auf 40 % angestiegen. Das explosible Gemisch breitete sich in allen Schächten aus. (dpa 22.10.04)

7. Trittin verteidigt seine Umweltpolitik. Der **BUND** (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland) **hatte Rot-Grün ein schlechtes Zwischenzeugnis in der Umweltpolitik ausgestellt**. Das erklärte Klimaschutzziel einer CO₂-Reduzierung um 25 % gegenüber 1990 sei bis 2005 nicht mehr erreichbar. (VDI-Nachr. 22.10.04, S.31)

8. Die Braunkohle bekommt laut einer vom Umweltbundesamt (UBA) in Auftrag gegebenen Studie Subventionen vom Staat. **Das Wuppertaler Institut für Klima, Umwelt und Energie habe herausgefunden, dass es sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland vor allem indirekte Subventionen für die Braunkohle gibt**. Dazu gehörten Steuerbegünstigungen gegenüber anderen Energieträgern wie Gas und Öl. Nach Meinung des Bundesverbandes Braunkohle hält die Studie des Wuppertaler Instituts einer sachlichen und wissenschaftlich seriösen Überprüfung nicht stand. Zudem sei es nicht verständlich die Nichtbesteuerung von Braunkohle als Subvention zu bezeichnen. (Dow Jones Newswires/12/21.10.04). Wenn man so etwas liest, fragt man sich, ob Trittin nicht genug Fronten hat und ob irgendetwas in Deutschland nicht subventioniert ist. **Auch das Leben des Herrn Trittin ist subventioniert**, denn ohne unsere ihn subventionierende Gesellschaft wäre er längst verhungert und verdurstet.

9. Greenpeace kritisiert Verbraucherschutzministerin Renate Künast: die gesetzlich erlaubten Höchstmengen für Pestizide in Lebensmitteln wurden in den vergangenen 5 Jahren deutlich angehoben. In 2003 wurden 391 Werte erhöht und nur 145 Grenzwerte abgesenkt. (Welt 28.09.04)

10. **Bürokratische Auflagen, die den Unternehmen aufgehalst werden, kosten die Unternehmen 46 Mrd. Euro** (Inst. für Mittelstandsforschung, Bonn). Clement hat den Bürokratieabbau zu seinem Anliegen gemacht und deshalb 29 Einzelprojekte auf den Weg gebracht. Skepsis bei Birgit Homburger/FDP (DIE WELT 28.09.04, S.3)

Die 10 Gebote enthalten 279 Wörter, die amerikanische Unabhängigkeitserklärung 300 Wörter, die Verordnung der europäischen Gemeinschaft über den Import von Karamellbonbons aber exakt 25911 Wörter. (unbekannter Autor)